Anlagen

Gen. Klaus Wallburg
- persönlich -

I N F O R M A T I O N

über den Aufenthalt einer Delegation des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD der BRD vom 04. 01. bis 06. 01. 1984 in der DDR

I.

Vom 04. 01. bis 06. 01. 1984 weilte eine offizielle Delegation des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD unter Leitung des Bundesvorsitzenden, Rudolf Hartung, in der DDR.
Der Delegation gehörten auch die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Olaf Scholz, Ulf Skirke und Jochen Worsch, der Bundessekretär Horst Wegner und das Bundesvorstandsmitglied Norbert Neuser an.
Die Delegation wurde von Egon Krenz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, zu einem Gespräch empfangen, an dem auch die Mitglieder des ZK der SED, Eberhard Aurich, 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, Herbert Häber, Leiter der Westabteilung des ZK, und Wolfgang Herger, Leiter der Abteilung Jugend des ZK der SED, teilnahmen.

II.

Bei der Begegnung mit Egon Krenz brachte der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten zum Ausdruck, daß die BRD-Regierung gegenwärtig den Eindruck zu erwecken versucht, daß die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten normal verliefen und die auf die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles erfolgten Gegenmaßnahmen der UdSSR schon lange geplant gewesen seien.

Dieser Eindruck würde dadurch verstärkt, daß viele Politiker der BRD der Auffassung wären, daß es angesichts des Handelsniveaus zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern und der unverändert auf friedliche Koexistenz gerichteten Außenpolitik der sozialistischen Länder "kaum nennbaren Schaden im Ost-West-Verhältnis durch die Raketenstationierung gebe". Nach Ansicht von Hartung hätte sich die UdSSR aus politischer Sicht auf die Gegenmaßnahmen, die direkt das Territorium der USA betreffen, konzentrieren sollen.
Die in der DDR und der CSSR getroffenen Maßnahmen der Raketenstationierung seien nicht zweckmäßig, denn mit diesen sowjetischen Raketen wäre "in Westeuropa kein politischer Druck zu erzeugen und die sozialistischen Länder würden sich auf einen atomaren Schlagabtausch in Europa einlassen".
Die Jungsozialisten gingen davon aus, daß im Laufe des Jahres 1984 die Verhandlungen über strategische Waffen und Mittelstreckenraketen zwischen der UdSSR und den USA wieder beginnen werden. Die Stockholmer Konferenz könne, auch wenn sie einen anderen Gegenstand habe, bestimmte Grundlagen für weitere Gespräche schaffen.
Die Jungsozialisten wollen in der BRD mithelfen, ein solches Klima zu schaffen, daß die Gefahr der Raketenstationierung im Bewußtsein der Bevölkerung wachgehalten wird. Sie treten aktiv für eine Volksbefragung gegen die USA-Raketen am Tage der Wahl des sogenannten Europaparlaments im Juni 1984 ein.
In der SPD sei die überwiegende Mehrheit der Mitglieder schon lange vor der Entscheidung des Sonderparteitages Ende 1983 gegen die Stationierung der neuen USA-Mittelstreckenraketen gewesen. Die Jungsozialisten hätten zur innerparteilichen Auseinandersetzung aktiv beigetragen. Allerdings seien in diesen Auseinandersetzungen "viele SPD-Mitglieder verschlissen" worden und hätten die Partei verlassen.

III.

In den Gesprächen mit dem 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, Eberhard Aurich, und weiteren Mitgliedern des Sekretariats des Zentralrates der FDJ unterstützten die Jungsozialisten das Konzept Willy Brandts, das den Stopp der Tests und der Stationierung neuer nuklearer Waffen beinhalte, auf die "Zusammenlegung der INF- und START-Verhandlungen" orientiere und den Stopp der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa sowie den Abbau der bereits installierten Systeme fordere.
Die Forderung nach dem Stopp der Stationierung der neuen USA-Erstschlagwaffen in Westeuropa und der Abbau der bereits aufgestellten Systeme sei nach Auffassung der Jungsozialisten dabei das zentrale Problem. Diese Position müsse noch stärker für die Mobilisierung der Bevölkerung genutzt werden. Zugleich ließen die Ausführungen Hartungs erkennen, daß die Jungsozialisten beim Stand des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses in der BRD diese Forderung als unrealistisch ansehen.
Die Jungsozialisten würden besonders jene Gedanken von Brandt und Bahr unterstützen, die auf "atmosphärische Verbesserungen im Ost-West-Verhältnis" zielen. Die Verwirklichung der Vorschläge der Palme-Kommission "unterhalb der Verhandlungsebene UdSSR - USA" seien "auf mittlere Frist die einzigen realisierbaren Vorstellungen". Dabei komme der Schaffung von atomwaffenfreien Zonen in Europa besondere Bedeutung zu.
Auch der Abschluß eines Gewaltverzichtsabkommens zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO würde eine "atmosphärische Verbesserung" sein.
Die Jungsozialisten als Teil der SPD würden den "neuen Anfang", den die Partei mit den Ergebnissen des Kölner Sonderparteitages mit seinem eindeutigen Beschluß gegen die neuen USA-Erstschlagwaffen begonnen hat, mit "Elan weiterführen wollen".
Verstärkt solle innerparteilich und längerfristig über eine neue Militärstrategie diskutiert werden, die darauf ausgerichtet sein muß, das Leben der Menschen zu schützen und nicht zu vernichten.

Diesbezüglich werden auch die Diskussionen in der Friedensbewegung zunehmen.
Hartung rechne auch damit, daß in Zukunft verstärkt Diskussionen darüber geführt werden, daß die Sowjetunion in einer weltpolitisch noch komplizierteren Situation als jetzt, versuchen könne, mit ihren Raketen die Pershing II auf dem Territorium der BRD zuerst abzuschießen, bevor diese gestartet werden.
Nach Auffassung der Jungsozialisten würde auch die Auseinandersetzung weitergeführt werden, daß in der Friedensbewegung der BRD Kräfte, die "mit beiden Beinen im Warschauer Pakt stehen", keinen Platz haben sollen.
Diese Diskussionen würden vor allem von bestimmten Kräften der Grünen forciert werden, die alles tun wollen, um in der Friedensbewegung ihr außerparlamentarisches Umfeld zu sichern.

IV.

Neben der Friedensbewegung seien für die Jungsozialisten die sozialen Probleme, vor allem der Kampf um die 35-Stunden-Woche, zentrales Aufgabengebiet. Es ist beabsichtigt, als Jugendverband eine Kampagne zur Unterstützung derjenigen Einzelgewerkschaften der BRD, die die 35-Stunden-Woche fordern, zu starten. Damit solle als "Impulsgeber" auch in die SPD hineingewirkt werden. Insgesamt sei die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in der SPD und im DGB noch sehr umstritten. Es könne durchaus sein, daß im Falle eines Streiks der IG-Metall für die 35-Stunden-Woche sich andere Gewerkschaften der BRD zurückhalten und mit dem Unternehmern über Tarifverträge verhandeln, die mit der 35-Stunden-Woche überhaupt nichts gemeinsames hbben.
Die Jungsozialisten würden für 1984 Tendenzen für einen mäßigen wirtschaftlichen Aufschwung in der BRD sehen, die aber vor allem aus der Erhöhung der privaten Nachfrage, nicht aus der Investitionserhöhung entstehen.

Dieser Aufschwung werde nichts am Problem der Massenarbeitslosigkeit ändern und nur sehr kurzfristig sein. Das bedeute, die nächste "Abschwungphase" komme bestimmt und in diese Periode werde die BRD mit über 2 Millionen Arbeitslosen gehen. Das sei für die BRD einmalig und hier liege die große Chance für die SPD, von der Oppositionspartei wieder zur Regierungspartei zu werden. Voraussetzung sei, daß die Partei stärker werde.
Hartung schätzte ein, daß die SPD große Nachwuchssorgen hätte. Nur ca. 50 000 Mitglieder in der SPD seien im Alter bis zu 25 Jahren. Brandt habe ihn beauftragt, mit den Jungsozialisten Aktivitäten zu entwickeln, die junge Mitglieder für die Partei werben helfen.
Den letzten großen Zulauf seitens der Jugend der SPD hätte es 1972 gegeben, als die SPD als Partei der Entspannungspolitik und der Reformen vor die Jugend treten konnte. Danach sei der Anteil der jungen Mitglieder kontinuierlich zurückgegangen.
In der Zeit der Regierungsverantwortung der SPD hätten viele maßgebliche SPD-Politiker, allen voran Helmut Schmidt, aber auch Leber, Apel, Lahnstein, Bölling und andere, auf dem "Buckel der SPD" Politik gemacht und dabei die Partei vor allem bei der Jugend in Mißkredit gebracht. Diese Zeit sei glücklicherweise vorbei und die SPD und die Jungsozialisten im Besonderen gingen daran, viele Jugendliche, die in der Friedensbewegung aktiv beteiligt sind, für die Partei zu gewinnen.
Der Bundeskongreß der Jungsozialisten im April 1984 werde zur Stärkung des Verbandes entsprechende Beschlüsse fassen.
Auf diesem Kongreß wird anstelle des aus Altersgründen ausscheidenden Hartung ein neuer Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, wahrscheinlich Ulf Skirke, gewählt.
Es ist vorgesehen, daß Hartung im Parteivorstand der SPD als Abteilungsleiter Jugendpolitik eingesetzt wird.

V.

Hinsichtlich der Durchführung der XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau ging Hartung davon aus, daß die Jungsozialisten an ihnen teilnehmen werden.
Zugleich kritisierte er die Wahl des Ortes.
Er befürchte eine Einengung des Teilnehmerkreises, da die "Toleranz der sowjetischen Administration sicher nicht solche Auftritte, wei sie die Grünen in der DDR praktizierten und sicher dann dort auch vorhaben, zulassen wird".
Generell sei die Frage der Weltfestspiele an die Lösung der Probleme gebunden, die zur Zeit die Gesamteuropäische Jugendstruktur "auf Eis legen".
Sicher müsse im WBDJ und im Leninschen Komsomol entschieden werden, ob nur an einer internationalen Zusammenarbeit von kommunistischen und sozialdemokratischen Jugendverbänden Interesse besteht, "was weniger Ärger bringe", oder ob gerade angesichts der komplizierten Weltlage am breiten Meinungsaustausch festgehalten wird, "der natürlich viele Auseinandersetzungen und Probleme einschließt". Die Jungsozialisten würden für Letzteres eintreten.
Die Vorbereitung der Teilnahme an den XII. Weltfestspielen in der BRD solle über ein einheitliches Gremium erfolgen. Dabei sei in Erinnerung an die BRD-Delegation für die XI. Weltfestspiele in Kuba "eine Überrepräsentanz von Kommunisten diesmal nicht akzeptabel".
Hinsichtlich der Teilnahme an den Weltfestspielen 1985 habe Hartung bereits mit dem neuen Vorsitzenden der Jungen Union, Böhr, gesprochen und ihm eine aktive Beteiligung empfohlen.
In diesem Zusammenhang erklärte Hartung, daß es die Jungsozialisten begrüßen würden, wenn die FDJ auch mit konservativen Jugendorganisationen in der BRD, besonders mit der Jungen Union, in die Diskussion kommen würde.
Zu erwarten sei, daß die BRD-Regierung keine finanziellen Mittel für die Entsendung einer BRD-Delegation nach Moskau zur Verfügung stellen werde. Eine entsprechende Äußerung von Minister Geißler liege bereits vor.

VI.

In der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR fand anläßlich des Aufenthaltes der Delegation des Bundesvorstandes der Jungsozialisten ein Empfang statt, den der Geschäftsträger a.i. Hellbeck gab. Im Beisein von Eberhard Aurich würdigte Hartung den Aufenthalt in der DDR als den bisher erfolgreichsten in den Beziehungen zwischen FDJ und Jungsozialisten. Alle Gespräche seien sehr sachlich geführt worden und fanden in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre statt.

VII.

Die gleiche Einschätzung gab der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten im Abschlußgespräch gegenüber Vertretern des Zentralrates der FDJ. Er bedankte sich im Namen der Delegation für den gesamten Aufenthalt und insbesondere für die Möglichkeit, mit Genossen Egon Krenz zu einer Begegnung zusammenzutreffen.

Hartung würdigte die jugendtouristischen Maßnahmen, die zwischen den Saarländischen Jungsozialisten und der FDJ im Ergebnis eines Gesprächs von Oskar Lafontaine mit dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, zustandegekommen sind.
Er bat zu prüfen, ob diese Maßnahme auch auf weitere Landesverbände der Jungsozialisten ausgedehnt werden könne.
Der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten bekräftigte die Einladung an den 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ zu einem Besuch in der BRD.
Er unterstrich sein Interesse an der Fortsetzung seminaristischer Gespräche und schlug die Themenbereiche Friedenssicherung, gesellschaftlicher Fortschritt und soziale Fragen der Entwicklung von Wissenschaft und Technik vor.

In diesem Gespräch mit der Delegation der Jungsozialisten am 6. 1. 1984 wies der zuständige Sekretär des Zentralrates der FDJ, Günter Bohn, entschieden eine am selben Tag im Westberliner Tagesspiegel erschienene Meldung zurück, die sich auf Ausführungen Hartungs vor Vertretern der BRD-Medien in der DDR bezog und auf die Begegnung der Delegation der Jungsozialisten mit Genossen Egon Krenz einging. (siehe Anlagen)
Es wurde festgestellt, daß diese Meldung eine Lüge ist und Geist und Inhalt des Gesprächs grob entstellt.
Hartung wurde von Günter Bohn vor der gesamten Delegation gefragt, ob die Jungsozialisten an konstruktiven Beziehungen zur FDJ interessiert sind oder sich in bestimmte Kampagnen gegen die DDR einreihen wollen.
Hartung, der sichtlich um Fassung rang, bedauerte, daß seine Äußerungen vor den Pressevertretern aus der BRD mißverstanden worden seien. Er stimmte zu, daß er offensichtlich mißbraucht worden sei.
Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Scholz und Skirke distanzierten sich offen vom Inhalt dieser Meldung, alle anderen Delegationsmitglieder zeigten ihre Betroffenheit, äußerten sich aber nicht.

A n l a g e

Abschrift aus "Der Tagesspiegel", 6. 1. 1984

DDR erwägt Freilassung von Mitgliedern der Friedensbewegung

Berlin (DPA). Die Behörden in der DDR werden nach den Worten des SED-Politbüromitglieds Krenz den Fall der Inhaftierung der beiden in der Friedensbewegung engagierten Frauen Bärbel Bohley und Ulrike Poppe überprüfen. Wie der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Hartung, nach einem Treffen mit Krenz und dessen Nachfolger im Amt des FDJ-Chefs, Aurich, gestern abend in Ost-Berlin sagte, ist auf Fragen nach der Situation der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR geantwortet worden, es werde niemand verhaftet, der meine, auch in der DDR sollten keine neuen Raketen stationiert werden. Die Bürger müßten sich aber an die geltenden Gesetze halten; im übrigen agierten unter dem Etikett "Friedensbewegung" in der DDR auch oppositionelle Gruppen.

Unter Anspielung auf spektakuläre Auftritte einer Delegation der Grünen bei einem Besuch in Ost-Berlin im Oktober letzten Jahres sagte Hartung, es tue den deutsch-deutschen Beziehungen gut, sich "von Klamauk fernzuhalten" und nüchtern an die Probleme heranzugehen.